

# Antrag Nr. 22-F-63-0094

## Grüne, SPD, Linke und Volt

---

### Betreff:

Hitzeaktionsplan Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und VOLT vom 18.10.2022 -

### Antragstext:

Die absehbar zunehmenden Hitzeextreme gefährden auch in Wiesbaden die Gesundheit der Bevölkerung und könnten in Folge das Gesundheitssystem überlasten. Besonders betroffen sind Bewohner\*innen überwärmter Innenstadtquartiere sowie besonders vulnerable bzw. hilflose Bevölkerungsgruppen wie z. B. ältere Menschen, chronisch Erkrankte, Menschen mit Behinderung, Säuglinge und Kleinkinder, Menschen, die im Freien arbeiten und Menschen in Gemeinschaftsunterkünften sowie Wohnungslose.

Ein wichtiges Instrument zur Risikovorsorge sind daher kommunale Hitzeaktionspläne, wie sie beispielsweise die Städte Erfurt, Köln, Mannheim und Offenbach bereits aufgestellt haben.

Wesentliche Strategien eines Hitzeaktionsplans sind:

- Risikokommunikation an die Bevölkerung und an Hilfesysteme
- Management von Akutereignissen für vulnerable Bevölkerungsgruppen
- langfristig wirksame Maßnahmen zum Schutz vor Hitzeextremen

Zur Risikovorsorge für kommende Hitzesommer sollte auch die Landeshauptstadt Wiesbaden einen kommunalen Hitzeaktionsplan aufstellen und diesen in den Folgejahren evaluieren und fortschreiben. Dabei kann sich z. B. am Hitzeaktionsplan Mannheim orientiert und auf die „Arbeitshilfe zur Entwicklung und Implementierung eines Hitzeaktionsplans für Städte und Kommunen (2021)“ der Hochschule Fulda, Download unter [HAP-DE - Hochschule Fulda \(hs-fulda.de\)](https://www.hs-fulda.de) zurückgegriffen werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. bis Ende 2023 einen Hitzeaktionsplan zu erstellen und mit dessen Umsetzung 2024 zu beginnen. Der Plan ist in den Folgejahren zu evaluieren und bei Bedarf anzupassen. Der Hitzeaktionsplan soll sich auf die Empfehlungen der Bund/Länder-Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Anpassung an die Folgen des Klimawandels (GAK)“ stützen und daraus operative Maßnahmen entwickeln. Dazu gehören:
  - räumliche Identifizierung besonders gefährdeter Stadtgebiete bzw. urbaner Hitzeinseln
  - Identifizierung der besonders hitzevulnerablen bzw. hilflosen Bevölkerungsgruppen
  - Identifizierung von kühlen Orten
  - Hitze-Warnsystem und gezielte Risikokommunikation sowie Festlegung einer Kommunikationskaskade
  - Verhaltensempfehlungen, Beratung von Betreuungseinrichtungen und Fortbildung des Betreuungspersonals
  - Beschattung sonnenexponierter Plätze, Installation öffentlicher Trinkwasserspender
  - Hilfsmaßnahmen im Akutfall wie z. B. Trinkwasserausgabe und Angebote kühler Rückzugsmöglichkeiten für Wohnungslose
  - Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung vieler Hitzeerkrankter
  - stadt- und bauplanerische Maßnahmen zur Abkühlung urbaner Hitzeinseln wie z. B. Entsiegelungen, Baumpflanzungen, Dach- und Fassadenbegrünungen, Anlage von Wasserflächen, Verbesserung der Belüftungssituation

## Antrag Nr. 22-F-63-0094 Grüne, SPD, Linke und Volt

---

2. die Erstellung des Hitzeaktionsplans durch eine breite Beteiligung der Bevölkerung und der Multiplikator\*innen der hitzevulnerablen Gruppen zu begleiten.
3. Für die Finanzierung der aus dem Hitzeaktionsplan resultierenden Maßnahmen sind, wo immer möglich, Drittmittel einzuwerben.

Wiesbaden, 19.10.2022

Konstanze Küpper  
Fachsprecherin  
(Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Hendrik Schmehl  
Fraktionsvorsitzender  
(SPD-Fraktion)

Ingo von Seemen  
Fraktionsvorsitzender  
(Die Linke)

Janine Vinha  
Fraktionsvorsitzende  
(Volt)

Julia Beltz  
Fraktionsreferentin  
(Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Hendrik Schmehl  
Fraktionsgeschäftsführer  
(SPD-Fraktion)

Julia Seidel  
Fraktionsreferentin  
(Die Linke)

Sascha Kolhey  
Fraktionsgeschäftsführer  
(Volt)